

die Fraktionen von CDU und GRÜNEN stellen folgende Anfrage und bitten um schriftliche Beantwortung sowie ergänzende mündliche Beantwortung im nächsten Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Integration:

Vor dem Hintergrund der Flüchtlingsbewegungen des vergangenen Jahres scheinen bundesweit die politischen und gesellschaftlichen Ränder zu erstarken. Sowohl auf rechter wie auf linker Seite, aber auch aus dem islamistischen Spektrum wird teilweise versteckt, teilweise offen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung agitiert.

Auch wenn der Rhein-Sieg-Kreis kein Zentrum extremistischer Positionen ist, gibt es sicher auch hier einzelne Probleme.

Wir fragen daher den Landrat:

1. Gibt es aus polizeilicher Sicht im Rhein-Sieg-Kreis ein signifikantes qualitatives oder quantitatives Problem mit rechtsextremistischen oder anderen extremistischen Strömungen?
2. Wie sind die konkreten Zahlen im Rhein-Sieg-Kreis hinsichtlich politischer, extremistischer oder islamistischer Straftaten?
3. Gibt es hier signifikante Änderungen im vergangenen Jahr?
4. Was tut die Kreisverwaltung bislang gegen politischen oder islamistischen Extremismus, bspw. im Bereich des Kommunalen Integrationszentrums oder in den Schulen?
5. Welche Maßnahmen sind der Kreisverwaltung bei den Städten und Gemeinden bekannt, die gegen Extremismus und Islamismus gerichtet sind?
6. Gibt es darüber hinaus ein Förderprogramm der Landesregierung gegen sämtliche extremistischen und islamistischen Strömungen? Wie stellen sich dessen Förderbedingungen dar?
7. Wie hoch wäre der vom Rhein-Sieg-Kreis zu leistende Eigenanteil beim Integrierten Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus der Landesregierung?
8. Wie hoch wären die Personalkosten für die Kreisverwaltung zur Begleitung dieses Projekts im Rahmen eines Integrierten Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus und Rassismus?
9. Inwieweit beinhaltet das Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus der Landesregierung Unterstützungen für die Schulen?
10. Umfasst das integrierte Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus auch Mittel und Maßnahmen gegenüber ausländischen rechtsextremen Gruppierungen, die im Rhein-Sieg-Kreis aktiv sind?
11. Sieht die Kreisverwaltung Möglichkeiten, das Engagement lokaler Gruppen und von Einzelpersonen gegen Extremismus und Islamismus stärker zu unterstützen, bspw. indem Materialien der Landeszentrale für politische Bildung über Schulen und Jugendzentren zur Verfügung gestellt werden?
12. Gibt es mobile Beratungsteams, die von rechtsextremistisch motivierter oder rassistischer Gewalt Betroffenen (Eltern, Zeugen von Gewalttaten,...) Hilfe anbieten?
13. Werden innerhalb der Kreisverwaltung Sensibilisierungsmaßnahmen im Bereich der Antidiskriminierung durchgeführt?

Mit freundlichen Grüßen,
gez.

Dr. Torsten Bieber
Ivo Hurnik

Ingo Steiner
Gabi Deussen-Dopstadt

f.d.R.
Andreas Grünhage